

65594 Runkel, den 21.03.2013

**Niederschrift**

über die 22. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel, zu der für Mittwoch, den 20.03.2013, um 19.30 Uhr in den Clubraum der Stadthalle Runkel einberufen und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

**Als stimmberechtigte Stadtverordnete:**

1. Gregor Adler	16. Klaus Preusser
2. Erhard Becker	17. Volker Rosbach
3. Martin Belz	18. Rainer Röth
4. Margret Bergmeier	19. Ragnhild Schreiber
5. Eberhard Bremser	20. Hans-Karl Trog
6. Alexander Bullmann	21. Klaus-Jürgen Wagner
7. Lothar Burggraf	22. Petra Werbunat-Hofmann
8. Bernd Eckert	
9. Ulrich Eisenberg	
10. Günter Gebhart	
11. Lothar Hautzel	
12. Michael Kilb	
13. Anton Krtsch	
14. Thomas Kuhlisch	
15. Armin Naß	

**Seitens des Magistrates:**

1. Bürgermeister Friedhelm Bender	6. Christian Janevski
2. Gertrud Burggraf	7. Andreas Kuhn
3. Peter Butzbach	8. Silvia Lißner
4. Antonius Duchscherer	9. Sandra Müller
5. Sabine Hemming	

Entschuldigt fehlen von Seiten der SPD-Fraktion die Herren Stadtverordneten Dr. Manfred Birko und Dr. Gerhard Ruttmann. Von Seiten der CDU-Fraktion fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Bernhard Brahm, Frank Burggraf, Christoph Demel, Manfred Hastrich, Jörg-Peter Heil und Johannes Ruttmann. Von Seiten der Bürgerliste fehlt Herr Stadtverordneter Bernhard Polomski. Seitens des Magistrates fehlen die Herren Stadträte Michael Uhl und Wolf-Dirk Rübiger.

## **Punkt 1**

### **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber eröffnet die Sitzung um 19.40 Uhr mit der Begrüßung aller Anwesenden und dem Dank an alle, die an der Vorbereitung der Sitzungsthemen, des Sitzungsmaterials und der Gestaltung des Sitzungsraumes mitgewirkt haben.

Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gibt sie bekannt, dass die Einladung an die Mitglieder ordnungsgemäß erfolgt ist, indem sie am 14. März 2013 auf den Postweg zugestellt wurde und somit die Frist von mehr als drei Tagen bis zum Sitzungstermin eingehalten wurde.

Dem folgt die Bekanntmachung, dass mit 22 stimmberechtigten Mitgliedern mehr als die Hälfte der 31 Stadtverordneten anwesend sind. **Auf dieser Grundlage stellt die Stadtverordnetenvorsteherin sodann die Beschlussfähigkeit der Sitzung fest** und leitet in die Tagesordnung über. Hierzu weist sie darauf hin, dass sich nach Festlegung der Tagesordnung und Versand der Einladung erwiesen hat aus Dringlichkeitsgründen noch zwei weitere Tagesordnungspunkte auf die heutige Tagesordnung mit aufzunehmen. Laut der Geschäftsordnung § 16 Abs. 2 ist eine Aufnahme eines Tagesordnungspunktes mit einer 2/3 Mehrheit möglich. Es handelt sich um den Antrag betreffend der Offenlegung des Entwurfs des Teilregionalplanes Energie Mittelhessen einschließlich des Umweltberichtes gemäß § 10 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in der Fassung vom 16. Dezember 2011 der bis zum 20.03.2013 bei allen Kommunen ausgelegt war. Sie bittet Herrn Bürgermeister Bender hierzu um weitere Erläuterung.

Herr Bürgermeister Bender schildert, dass sich der RP und das Land Hessen zum Ziel gesetzt haben, die Energiewende in einem straffen Zeitplan zu schaffen. Die Offenlegungsfrist ist vom RP Gießen auf Wunsch um zwei Wochen verlängert worden. Er erklärt, dass eine gemeinsame Informationsveranstaltung mit dem Marktflecken Villmar und dem Kreis geplant ist, da das größte Teilgebiet direkt in Angrenzung Eschenau, Wirbelau, Villmar (Falkenbach, Seelbach) liegt. Er bittet diesen Punkt heute einzubringen und zur weiteren Beratung in den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber bittet um Abstimmung über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes als Punkt 7:

*„Offenlegung des Entwurfs des Teilregionalplanes Energie Mittelhessen einschließlich des Umweltberichtes gemäß § 10 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in der Fassung vom 16. Dezember 2011*

Zum zweiten Antrag des weiteren Tagesordnungspunktes erklärt Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber, dass dieser Antrag der Bürgerliste leider in den Haushaltsdiskussionen untergegangen ist. Sie bittet Herrn Fraktionsvorsitzenden Becker diesen zu verlesen.

*Herr Fraktionsvorsitzender Becker (BL) führt aus, dass*

1. *Der HFA beauftragt werden soll in zwei Fahrtenbücher des Runkeler Bus´chens von 2012 einzusehen.*
2. *Weiterhin soll sich der HFA im nächsten Monat mit den Richtlinien und der Gebührensatzung für das Runkeler Bus´chen befassen und der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten, ob sie weiter gelten oder eine geänderte Fassung neu beschlossen werden soll.*

Der Tagesordnungspunkt wird nicht auf die Tagesordnung aufgenommen, da die entsprechende 2/3 Mehrheit nicht erreicht wurde.

## **Punkt 2**

### **Anfragen an den Magistrat**

Herr Bürgermeister Bender verliest die Anfrage der Bürgerliste vom 06.03.2013 (s. Anlage) zum Thema: **“Stellplatzsatzung“** und **Gewerbegebiet „Auf dem See.“**

Herr Bürgermeister Bender antwortet folgendermaßen:

Die Erarbeitung der *Stellplatzsatzung* ist fast abgeschlossen und wird den städtischen Gremien entweder in der nächsten oder übernächsten Stadtverordnetenversammlung unter vorheriger Behandlung im Magistrat zugeleitet.

Zum *Gewerbegebiet „Auf dem See“* verliest Herr Bürgermeister Bender ein Schreiben der Fa. Egenolf vom 11.03.2013 (s. Anlage).

*Ergänzung der Rückfragen von Herrn Fraktionsvorsitzenden Becker (BL):*

Herr Fraktionsvorsitzender Becker (BL) fragt nach, ob es richtig sei, dass eine größere Firma, die ursprünglich auf dem Gewerbegebiet „Auf dem See“ investieren wollte, abgesprungen sei und nun im Gewerbegebiet Beselich-Obertiefenbach ihren Plan umsetzt. Weiterhin fragt er, ob die Firma dieses aufgrund der Bodenproben getan hat, welche die erforderlichen Voraussetzungen nicht geliefert haben.

Herr Bürgermeister Bender antwortet, dass die Firma hierzu erklärt hat, dass es kein Bodengutachten mit unüberwindbaren Problemen gibt. Weiterhin gäbe es

keine Hinweise, weshalb dieses Gebiet in Zukunft nicht als Gewerbegebiet genutzt werden könnte.

Zur Firmenabwanderung erklärt Herr Bürgermeister Bender, dass es eine Firma gab, die sich vergrößern wollte. Aus zwei Standorten sollte einer gemacht werden. Dieser Standort ist entgegen des ursprünglichen Vorhabens nicht Runkel-Dehrn, sondern Limburg.

### **Punkt 3**

#### **Verkauf des ehemaligen Feuerwehrgerätehauses im Stadtteil Schadeck;**

##### **hier: Beschlussfassung**

Herr Bürgermeister Bender gibt ein Schreiben zur Kenntnis, indem die Schadecker Vereine um den Erhalt des Feuerwehrgerätehauses für die Bürger von Schadeck bitten.

Hierzu erklärt Herr Stadtverordneter Belz (CDU), dass ein Verkaufsbeschluss bereits getroffen wurde und heute nur noch zu entscheiden sei, an wen verkauft wird. Die CDU-Fraktion schließt sich daher dem vorgeschlagenenen Magistratsbeschluss an.

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Schreiber verliest den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

##### **Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, das Grundstück Gemarkung Schadeck, Flur 2, Flurstück 175/1, Größe 582 m<sup>2</sup>, Oberstraße 40, ehem. Feuerwehrgerätehaus Schadeck, an Herrn Oliver Molkenthin aus Runkel zu verkaufen. Der Verkaufspreis beträgt 85.000 Euro. Der Erwerber trägt sämtliche mit der Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten.**

### **Punkt 4**

#### **Bauleitplanung der Stadt Runkel;**

##### **hier: 1. Berichtigung des Flächennutzungsplanes**

Hier erklärt Herr Bürgermeister Bender, dass es sich um eine redaktionelle verpflichtende Berichtigung nach Vorgabe vom RP handelt.

##### **Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, den rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Runkel gemäß der beigefügten Plankarte zu berichtigen.**

**Punkt 5**

**II. Nachtrag zur Satzung über die Hundesteuer der Stadt Runkel vom 25.11.1998;**

**hier: Beschlussfassung**

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt den II. Nachtrag zur Satzung über die Hundesteuer der Stadt Runkel vom 25.11.1998.**

**Punkt 6**

**Kindergartengebühren für die Kindergärten der Stadt Runkel (Elternbeiträge);**

**hier: Antrag der Bürgerliste Runkel auf Neukalkulation der Elternbeiträge**

Herr Fraktionsvorsitzender Becker erläutert, die dem Gremium bereits vorliegenden Vorlage.

Aus der CDU-Fraktion erklärt Herr Stadtverordneter Rosbach, dass die CDU der Auffassung der Bürgerliste zustimmt, das Defizit im Kindergartenbereich zu reduzieren. Allerdings hat sie Bedenken, dies in Runkel einzuführen. Der Verwaltungsaufwand für eine rechtssichere Erhebung für die Stadt wird zu hoch und zu aufwendig. Das vorhandene Personal ist zurzeit bereits voll ausgelastet. Weiterhin sei eine sensible Vorgehensweise, vor allem unter dem Aspekt des Datenschutzes zu betrachten. Die CDU-Fraktion wird den Prüfauftrag an den Magistrat nicht unterstützen.

Für die SPD-Fraktion führt Herr Stadtverordneter Bremser an, dass Runkel für junge Familien ein bezahlbarer und lebenswerter Wohnort sein sollte. Ein Nachweis des Einkommens sagt nichts über die finanzielle Belastung einer Familie aus. Festzustellen wäre, wie sich der Verwaltungsaufwand entwickelt. Ziel sollten gebührenfreie Kindergartenplätze sein, daher wird die SPD-Fraktion den Antrag nicht befürworten. Herr Stadtverordneter Gebhart fügt hinzu, dass eine gerechte Entscheidung mit diesem Modell sehr schwer bis gar nicht zu erreichen ist. Man schafft hier Diskussionsfälle, da man Einkommensstufen bestimmen und festlegen muss.

Aus der Fraktion der Bündnis 90 / Die Grünen erklärt Frau Stadtverordnete Werbunat-Hofmann, dass sie sich der SPD sowie der CDU-Fraktion anschließe, den Antrag abzulehnen in Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation der Familien in Deutschland, die sich immer weiter verschärft. Die zunehmend kleiner werdenden Geburtenjahrgänge weisen auf, dass Familien ein Auslaufmodell in Deutschland werden. Familien sind förderungswert. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bürgermeister Bender informiert über eine Kommune, die nach Einkommensstufen die Gebühren berechnet. Hier befinden sich ca. 400-500 Kinder im Kindergarten. Mit diesem gesamten administrativen Bereich ist eine volle Beamtenstelle beschäftigt. Durch die Umstellung auf die einkommensabhängige Gebühr, ist es nicht zu Mehreinnahmen gekommen. Weiterhin gibt er zu Bedenken, dass zum 01.08.2013 das Betreuungsgeld von Eltern in Anspruch genommen werden kann. Hier werden sich dann erneut Auswirkungen auf die Einnahmen durch fehlende Kindergartenbeiträge ergeben, die eventuell dann einer Neuberechnung bedürfen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber verliest den Antrag der Bürgerliste und gibt diesen zur Abstimmung.

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die Kindergartengebühren unter der Prämisse der Gebührenstaffelung nach Einkommen neu zu kalkulieren. Als zeitlicher Zielpunkt für eine Neufestsetzung sollte der Beginn des kommenden Kindergartenjahres (nach den Sommerferien 2013) angestrebt werden.**

**Punkt 7**

**„Offenlegung des Entwurfs des Teilregionalplanes Energie Mittelhessen einschließlich des Umweltberichtes gemäß § 10 des Hessischen Landesplanungsgesetzes (HLPG) in der Fassung vom 16. Dezember 2011**

Herr Stadtverordneter Rosbach fragt nach, in welchen Zeitrahmen die Stellungnahme der Stadt Runkel erfolgen muss.

Diese beantwortet Herr Bürgermeister Bender, dass bis zum Mai versucht wird an den RP eine Meldung abzugeben.

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, den Entwurf des Teilregionalplans Energie Mittelhessen zur weiteren Beratung in den Bau- und Umweltausschuss zu verweisen.**

**Punkt 8**

**Genehmigung des Protokolls vom 20.02.2013**

Herr Stadtverordneter Gebhart (SPD) schlägt vor auf Seite 13 im letzten Absatz sollte im Beschluss die Formulierung: **nicht gestrichen** durch **weder** und **sowie gestrichen** und durch **noch** ersetzt werden, um den Beschluss klar zu definieren.

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel stimmt dem Änderungsvorschlag zu.**

**Beschluss:**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die geänderte Fassung des Protokolls vom 20.02.2013.**

**Punkt 9****Mitteilungen des Magistrates****Termin beim Hess. Wirtschafts- und Verkehrsministerium am 05.03.13 betr. Verkehr in Dehrn (Brücke) L 3448 / Teilortsumgehung Dehrn II**

Anwesend zu diesem Termin waren Seitens der Stadt Runkel die Herren Ortsvorsteher Polomski, Hauptamtsleiter Höhler, Bauamtsleiter Kremer und Bürgermeister Bender.

Für Dienstag, den 30.04.2013 wurde ein Folgetermin in Wiesbaden vereinbart, um noch ausreichend Daten zusammenzutragen und zu erörtern.

Die Teilortsumgehung II kann aufgrund der aktuellen Finanzlage des Bundes und der Länder nicht vorangetrieben werden.

Die Verkehrsführung in der Steingasse ist noch nicht abgeschlossen.

Die Tonnagenbegrenzung Brücke Dehrn wurde ebenfalls angesprochen. Hierzu kann noch nichts abschließend gesagt werden. Da auch die Brücke in Eschhofen betroffen ist, wird hier noch weiter diskutiert. Eine Freigabe bezüglich der Tonnage ist noch nicht beschlossen.

Hierzu beabsichtigt Herr Bürgermeister Bender in der übernächsten Sitzung zu berichten.

Herr Stadtverordneter Burggraf (BL) teilt im Anschluss mit, dass in den alten Statik- und Planungsunterlagen der Brücke in Dehrn das maximale Belastungsgewicht mit 16 Tonnen angegeben ist und fragt sich, warum dies nicht bei Hessen Mobil bekannt sei.

Herr Belz von der CDU-Fraktion fragt bei Bürgermeister Bender nach, ob dieser für eine Begrenzung der Tonnage für die Brücke in Dehrn ist. Dieser antwortet darauf, dass er für eine Begrenzung der Tonnage der Brücke in Dehrn ist. Bezüglich der Nutzung von land- bzw. forstwirtschaftlichen Fahrzeugen wird es eine Ausnahmeregelung geben müssen.

Frau Stadtverordentenvorsteherin Schreiber bedankt sich für die Zusammenarbeit und gibt den 17. April 2013 für die nächste Stadtverordnetenversammlung bekannt. Sie schließt die Sitzung um 20.50 Uhr.

---

(Ragnhild Schreiber)  
Stadtverordentenvorsteherin

---

(Claudia Janevski)  
Schriftführerin